

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.



Anzeigenpreis für die einsp. Zeilen oder deren Raum 20 Pf., für Orts-
kleine Anzeigen, Quereinlagen und Familienanzeigen, 25 Pf. Die Erhaltung für die
inzwischen erscheinende Anzeigen beträgt monatlich 10 Pf. von letzteren aus fern
Kreisen in Zahlung genommen. Gewerbetreibende sind gegen angemessene
Berechnung. — Preisliste Nr. 27. v. J. in der Druckerei und in den Buchhandlungen.

Umtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 278.

Wittwoch, den 27. November 1918.

158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

Erhöhung der Brotmenge.
Festsetzung der Wochenenteile.

Tageschronik

Die Berliner Konferenz der deutschen Einzelstaaten.

Angriff der Volkshewit auf das Baltikum.

Wilson will sofort Lebensmittel liefern.

Polen in den Händen der Polen.

Japans Forderungen für den Frieden.

Rückkehr unserer Konsuln aus Rußland.

Der bayrische Ministerpräsident gegen Hindenburg.

Amtliche Bekanntmachungen des Landr. G. Rates.

Sammlung von Ausrichtungsschulden.

Berlin, 25. Nov. Amtlich. Alle A. und G. Räte werden gebeten, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Waffen- und Ausrüstungsschulden, die auf Wohnhöfen oder anderen Orten von Truppen oder einzelnen reisenden Angehörigen niedergelegt oder abgegeben worden sind, gesammelt, bewahrt und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Militärdepot zugeführt werden. Ausfertigung dieser Verfügung wird große Werte des Volkseigentums erhalten.

L. A. Unterstaatssekretär Göhre. Reinhardt.

Enteignung und Vermögensbeschlagnahme!

Einem Zeitungsverleger gegenüber äußert sich Staatssekretär Bauer über die nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsamtes:

In diesen Tagen wird eine Verordnung herauskommen, die das Recht der Enteignung zu Gunsten des höchsten Wohnungsweins erheblich erweitert, was vereinfachen wird. Es ist in Aussicht zu nehmen, daß, falls, was je früher ist, eine hochprozentige, gegen wir 30 Prozentige oder noch höhere Vermögensabgabe zur Deckung unserer Schulden eingeführt wird, die Grundbesitzer diese Abgabe in Form von Grund und Boden tragen können. Der Abbau des Großgrundbesitzes ist selbstverständlich, ein erstrebenswertes Ziel.

Wilson will Lebensmittel liefern.

Eine Note Lansing's.

Berlin, 25. Nov. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachfolgende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November erklärte der Präsident, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen im Obersten Ratsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Vorschlag der Mittelstände zugunsten hatten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen möglich getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswort systematisch zu organisieren.

Zugabe von Lebensmitteln für Deutschland.

Von amerikanischer Seite hört der Haager Berichterstatter der „A. M.“, daß bereits Ende der letzten Woche im Haag deutsch-englische Verhandlungen zur Freigabe von Lebensmitteln für Deutschland stattgefunden haben.

Die Verluste des amerikanischen Heeres.

Washington, 23. Nov. General March teilte mit, daß die Gesamtverluste des amerikanischen Heeres bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes 53 169 Tote, 179 625 Verwundete und 3323 Gefangene und Vermisste betragen.

Die Reichskonferenz in Berlin.

Berlin, 25. Nov. An der Konferenz der deutschen Bundesstaaten, die heute unter dem Vorsitz von Ebert am Vormittag zusammentrat, waren alle deutschen Staaten und die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Rostburg-Golba, Schwarzburg-Sondershausen u. Waldeck vertreten. Als Vertreter Preussens waren Hirsch und Stöbel, als Vertreter Schleswig-Holsteins Kirchhöfer vom Ober-Ausschuß erschienen.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden, Volksbeauftragten Ebert, eröffnet. Er führte aus: Die Arbeit, die uns hier vorliegt, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Die nächsten Aufgaben sind: schneller Frieden und Sicherheit des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht hoch wegschlagen, hat dies die allergeringsten Folgen. Die Rettung heißt: Waffenstillstand. Hierzu muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Widerstand einbringen. Denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Solidarität muß sich überall geltend machen. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Protokoll zwischen Einzelstaaten und Reich geschlossen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Staatssekretär Eoff:

Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten im Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen hat, haben wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem hat Wilson als einziger ein ehrliches und passifisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner in Deutschland Ruhe und Ordnung aufgeschrien haben, sonst drohe es nach den Worten Wilsons mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei eine Antwort Wilsons eingegangen, welche die Verhandlung in Aussicht stellt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich der Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung bringe vor allem auf Unterordnung jeglichen Volkshewits, aber es scheint fast, als wolle man in Paris keinen Frieden, sondern hoffe, durch Fortsetzung des Separatismus das Deutsche Reich zu zerstören.

In Polen

Ist es das Bestreben der Regierung, die deutsche Kapitulation zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Gedanken ist die Mitteilung gemacht worden, daß man auf freundschaftliche Beziehungen zum Reiche Wert lege. Unmöglich wäre ein Ueberwiegen in der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei.

In der Ukraine

schien sich der Gedanke des russisch-österreichischen Staates durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbestrebungen bemerkbar machen. Aufstand sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt worden und wir wollten auch im Frieden mit der Sowjetregierung leben. Das Ende der Sowjetregierung scheint bevorzustehen. Zusammenstoß kommt Eoff auf den unbedingten Vereinigungswillen Frankreichs zurück, dem die separatistische Eigenmächtigkeit im eigenen Lande in die Hände arbeite. So wenn der A. und G. Rat in Hamburg selbständige Beziehungen zur bolschewistischen Regierung anknüpfen, oder wenn von anderer Stelle unter Ausruhen des Russischen Amtes auf der Welt nach Wien verhollet wurde. Er habe mit den Amerikanern loyal gearbeitet, aber der Vermittlung des Reiches könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. (Wehrlicher Widerstand). Die Konferenz müsse unbedingt zweierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keine Anträge stellen, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen; 2. die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen; 3. für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentralgelegenen Orte zu tagen habe, müsse bald der Termin festgesetzt werden. Denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Eoff schließt mit dem Wort, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube, und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Staatssekretär Erzberger:

Er berichtet zunächst über den Beschluß des Kabinetts

am 8. November, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Etsch-Kathringen, entgegen den von Frankreich gestellten Bedingungen, nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Die Punkte, in denen die Bedingungen eine Milderung erlitten, waren die Verlängerung der Räumungsdauer von 30 auf 36 Tage, die Ablieferung von 5000 Lokomotiven (statt 10000), die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgüter in Form von Vorräten geregelt werde, endlich die Zulieferung der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig wird sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial wurde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Wagen abgeliefert werden. Die Abmachungen über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erweise hoffnungsvoll.

Die Rückkehr der Gefangenen vollziehe sich normal. Unmöglich sei jedoch die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Zwischenmittelfrage sei es dem ersten Mal eine entente-mündende Delegation von Clemenceau eingetroffen. Er verweise sich auch viel von der Ansicht Hoover's in England. Er zweifle über die Möglichkeit, die Räumungstermine einzuführen, und befürchte, die Entente werde nach einem Restrikt, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergab sich die dringende Notwendigkeit des Präliminarvertrages.

Erzberger hofft er von einem solchen das endgültige Aufheben des Vorkriegszustandes und die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen. Im Falle seiner Verhinderung befürchte er Nachteile durch längere Belegung des linksrheinischen Gebiets und durch Verwirrung der polnischen Ansprüche in Polen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner

erklärt hierauf, die Ausrufe von Eoff und Erzberger lassen wirklich nichts davon merken, daß von der Revolution ihre Arbeit getan wird. Man solle sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze standen vier Leute wie Erzberger, welche die Weltverteilung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Eoff hält Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja den Frieden zum Scheitern bringen. Er lehne die Tätigkeit dieser beiden Männer als Konterrevolutionäre. Die Forderungen der Entente sind: 1. mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau hat erst neuerdings erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volke, sondern dem Kaiser Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen. Ihm müßten alle kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volkserntes angeklagt werden sollten. Eoff, Erzberger und dergleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Masse genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne Sentiment eine demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem schlägt er die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrates vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser beiden Forderungen könne der Separatismus unterbunden werden, den es in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei als je.

Es sprachen noch Wolfgang Seine, Sartmann-Wien, Geinert-Gotha, Eipenitz-Sachsen. Der Beauftragte im Auswärtigen Amt unterließ Eisners Forderungen.

Die Nachmittags-Sitzung

wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstellation für notwendig erklärte, aber vorerst die A. und G. Räte als Parlamentarier berufen will. Die Diskussion wolle niemand verlängern.

Präsident Meines-Brandenburg wendet sich sofort gegen die Konterrevolution. Diktatur müsse so lange sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgewandelt seien. Die Regierung müsse von Volksgut weggeführt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz. Nach kurzer Schlussantragsdebatte, in der Minister Hirsch bedauert, nicht im Namen Preussens gegen die Völschlager preussischer Gebietsteile protestieren zu können, wird auf Beschluß Eberts folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschlossen im Sinne der Reicheinheit zu wirken.

und parlamentarische Einrichtungen zu beschreiben.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Ansicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A- und S-Mitglieder der Repräsentanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:
„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, ist die ungehörige Verlangung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern, um die deutsche Volkswirtschaft im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich.“

In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die Geschäftstätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.“
Staatssekretär Schiffer vom Reichsamt weist auf das Geschehene der Finanzverwaltung des Reiches hin. Er fordert aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung.

Cheer appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterfront der Welt zeigt, daß 50 Jahre der Erziehung zur Sozialdemokratie und zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Bravorufen dankt und schließt er dann die Reichssitzung.

Die Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Krieges.

In gedrängter Form berichten wir in unserer gestrigen Ausgabe schon über die Veröffentlichung von Geheimnissen aus dem Berliner Geheimdienstbesitz des Grafen Werdenfels aus dem Jahre 1914. Wegen des Aufsehens, das sie allgemein erregen, geben wir nachfolgend noch einige Einzelheiten aus den diplomatischen Archiven wieder.

Nach dem Bericht des Vapirische Gesandten soll die Behauptung unzutreffend sein, daß die deutsche Regierung über den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien aus Anlaß der Ermordung des Erzherzogs Thronfolgerin in Serajewo am 28. Juni 1914 überhaupt nichts wußte und in Fortschritt war, sondern durch die Aktion österreichisch-ungarischer Agenten wurde. Graf Werdenfels berichtet nämlich unter dem 18. Juli 1914 an die bayerische Regierung, daß der Unterstaatssekretär Zimmermann im Auswärtigen Amt in Berlin über die Inhalte der geplanten österreichischen Note folgende Forderungen mitgeteilt habe: 1. Einen Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen würde, daß die österreichische Regierung der großserbischen Bewegung vollständig fernstehe und sie nicht billige; 2. die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitwirkenden an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Kommissars an dieser Untersuchung; 3. Einwürfen gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Freilich die Annahme dieser Forderungen ließ eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Graf Werdenfels sagt als seine Meinung hinzu: Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.“ In Berlin sei man, so folgert Graf Werdenfels weiter, durchaus mit einverstanden, daß österreichisch-ungarische die günstige Stunde miße, selbst auf die Gefahr von weiterer Verzögerung hin, dem Wien (in Wien) das Recht des Vorgesichts, daß es sich für österreichisch-ungarische eine Schicksalsstunde handele, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Hören erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer englischen und unentschiedenen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorkunft und Zurückhaltung gemacht worden sei.

Nach der weiteren Darstellung des Grafen Werdenfels muß angenommen werden, daß sich sowohl die politische Stellung des Reiches wie der Generallia über die Absichten und die Stärke unserer Gegner getäuscht haben, denn man habe an beiden Stellen angenommen, daß England und Frankreich in jeder Zeit ein Krieg kaum erzwungen werden würde und daher beide auf Russland in friedlichem Sinne einwirken würden, daß Russland nur mit dem Schwerte drohe, es aber nicht gerne für andere ziele und daß Frankreich in der Zwischenzeit seine Feinde gutem Willen, wenig Selbstverleugung und ein höchstes Gelehrte vorbanden seien.

Zu diesen Veröffentlichungen teilt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ halbamtlich mit, daß sich die jetzige Reichsregierung mit einer zweifelsfreien dokumentarischen Geschichte des Krieges aus dem Akten des Auswärtigen Amtes befleißige, macht aber doch keine Bedenken geltend, daß eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Ansicht einer vollen Aufklärung dienen könnte, denn auch der neue Anlaß, wenn er auch keine Schandigen bedeuten würde, habe doch nicht die Aufgabe, einseitige Anklagen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen. Keim löschlich wird bemerkt: Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar ergeben hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld weißt. Das ganze Geheimnis der historischen Wahrheit wird jedoch erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden.“

Das Wahlrecht der Frau.

Nach dem Erlaß der Regierung, daß in Zukunft alle Wahlen zu gleichgebenden Körperlichkeiten nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht auf dem Grundsatze der Verhältniswahl für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger bederlei Geschlechts vorgenommen werden sollen, erwachen der Frau, besonders den sie sich unter keine Wahlberechtigung will einziehen lassen, wenn ihr das Wahlrecht des Mannes hinzugefügt werden sollte, die Frage in das politische Leben hineingezogen worden und jede, ob sie früher Interesse für öffentliche Angelegenheiten gehabt oder nicht, muß nunmehr die Pflichten, die ihr das Hauswesen auferlegt, von Zeit zu Zeit mit denen teilen, die ihr aus der Beschäftigung mit den Angelegenheiten des Staates erwachsen. Die Sozialdemokratie hat ihre Frauen schon längst in das politische Leben eingeführt und sie zu bewußten Kampferinnen für die Interessen des Staates gemacht, dem sie angehört. Sie werden bei der nächsten Gelegenheit den Wahlen zur Nationalversammlung, insoweit ihren Mann sichten, denn die zahlreichen sozialdemokratischen Frauvereinigungen haben die Aufgabe übernommen, das Wahlrecht der Frauen, und worauf die Sozialdemokratie in dem Jahre zu Jahr bestrebt, dafür gesorgt, daß auch die Arbeiterpartei erzwungen sei, wenn der Ruf zu politischer Betätigung an sie ergehen sollte. Die mühselste Arbeit der sozialdemokratischen Propaganda hat nie die Frau vergessen und schneller, als man es glauben konnte, ist nun der Zeitpunkt gekommen, da die Politisierung der Frau der Partei zugute kommen wird.

Nun ergeht auch an die Frau aus dem Bürgerstande der Ruf, sich zu rufen auf den Wahlkampf, in dem sie durch den Wahlzettel ihr Wort zu vernehmen müssen, wie ihr die Zukunft des Vaterlandes am besten gesichert erscheint. Schwer wird es ihr fallen, sich in die politischen Gedanken hineinzuversetzen, die ihr bisher fremd sein gelegen haben, denn solange hat man ihr stets gesagt, ihr Platz sei in der Hauslichkeit. Zwar bestanden vor dem Kriege schon Anlässe zu politischen Frauenorganisationen, besonders bei den liberalen Parteien, auch gab es eine Frauenorganisation in der konservativen Partei; indessen das waren alles nur Anfänge, die uns für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung nicht allzu viel helfen werden. Es fehlen vor allem die politischen Lokalorganisationen, über die die Sozialdemokratie allenfalls verfügt. Gerade die Arbeit ist es ja, die bei ihnen so große Erfolge erzielt hat, und die hat heute keine Partei mehr, die sich nicht auf sie stützt. Nun heißt es, das Verhältnis möge noch fast ganz gefehlt, denn die Sozialdemokratie hat in dieser Beziehung Parteien ungleichmäßig vorzuziehen, und der muß von den bürgerlichen Parteien ideellens eingeholt werden, wenn sie dem geschlossenen Ansturm der sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen gewachsen sein wollen. Geleitet wird diese Arbeit dadurch, daß im Kreise der Komitee schnelle und gute Aufklärungsarbeit geleistet werden kann, aber leider ist es ja Tatsache, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien auch bei den Männern viel politische Sauberei und Interesslosigkeit zu finden ist. Die bürgerlichen Parteien sind ja in Deutschland zu häufig vertreten, aber Männer, die nicht mit Worten allein, sondern auch mit der Tat, mit Gut und Geld und intensiver Arbeit einwirken, wenn es gilt, ihren Ideen öffentlich Geltung zu verschaffen, haben wir immer gefehlt. Aber jetzt heißt die Stunde arder Entscheidung bevor, und da heißt es für die bürgerlichen Parteien, ihre Gefolgschaft zu stärken, nicht die männliche allein, sondern auch die weibliche. Die fehlenden politischen Frauenorganisationen können auch durch die überall bestehenden Frauenvereine ersetzt werden, in denen ja schon viel wertvolle patriotische Arbeit geleistet worden ist. Die Aufgabe aber, die uns bevorsteht, nämlich die Politisierung und die Vorbereitung der Frau für die Wahlen, ist noch eine patriotische im wahren Sinne des Wortes; aber Eile tut nur, denn die Zeit ist wahrlich nicht kurz bemessen und sehr viel Arbeit ist in dieser Zeit zu leisten.

Der bayerische Ministerpräsident gegen Hindenburg.

München, 23. Nov. Der bayerische Ministerpräsident läßt folgendes eröffnen: Der bisherige (1) Generalfeldmarschall Hindenburg erlitt in letzter Zeit wiederholt Aufregungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu fören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen.

Um den Reichstag.

Berlin, 26. Nov. (Eig. Draht). Angeblich soll der Reichsagspräsident Scheubner die Absicht haben, den Reichstag für Anfang Januar einzuberufen. Aus parlamentarischen Kreisen wird hierauf mitgeteilt, daß man nicht mehr mit einer Einberufung des Reichstages rechnen, da sehr wahrscheinlich der Reichstag über die Eröffnung nicht hinwegkommen würde. Von inard einer positiven Arbeit des jetzigen Reichstages kann gar keine Rede mehr sein.

Ein Frankfurter Parlament?

Berlin, 26. Nov. (Eig. Draht). Es floren Meldungen aus Wien vor, daß man sich dort bereits für die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. als Tagungsort bevorzugen würde.

Die Abrüstung der Deutschen Reichsflotte.

Berlin, 25. Nov. Die W. I. A. erklärt, wie die Abrüstung der in Wilhelmshaven, Embden und Bremerhaven liegenden Kriegs- und Hilfskriegsschiffe heute abend durchgeführt sein. Die Abrüstung der in Cuxhaven, Bunsenbühl, Hamburg und in der Ostsee liegenden Kriegsschiffe ist demnächst zu erwarten.

London, 26. Nov. Reuters. Heute um 9 Uhr fuhren vier Torpedoboots der englischen Flotte nach Kiel ab, darunter eine Flottille von Minenbooten, die nach Rognenham fährt, um die Zündvorrichtung von Seefähigkeit nach Kiel für größere Schiffe, die folgen werden, frei zu machen.

Rotterdam, 25. Nov. Aus London wird gedruckt: Die englische Presse hebt hervor, daß Deutschland nach der Auslieferung der Schiffe als Seemacht auf den letzten Platz gerückt sei.

Untergang eines deutschen Torpedobootes.

Berlin, 25. Nov. Nach einer Mitteilung vom 22. soll einer unserer kleinen Kreuzer bei der Abreise nach England auf eine Mine gelaufen und gesunken sein. Wir erfahren vorläufiger Stelle, daß es sich nicht um einen Kreuzer, sondern um ein Torpedoboot handelt, von dessen Bestimmung kein Untergang bisher bekannt geworden ist und drei weitere schwer verunzlet wurden.

Noch ein energischer Protest der Frontsoldaten gegen die Diktatur.

Arsfeld, 25. Nov. Nachstehendes Telegramm ist heute an den Reichskanzler Ebert gesandt worden:

„In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die siezte Armee nehme den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Wintheit der Bolschewiken verstanden wird, so best ist das Gerücht mit den Tatsachen. Die siezte Armee wendet sich gegen die Wucherherrschaft der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen. Möge sich die Revolution der Welt in unseren Reihen mit Worten konstatieren lassen, wer am Feinde Hand, muß sich legen, daß die Weltanschauung der Entente anerkannt wird, daß die Weltanschauung der Entente anerkannt wird, daß die Weltanschauung der Entente anerkannt wird.“

Ein Armeekommandant gegen die Soldatenräte.

Die Epprechtenspenden meldet aus Eberfeld: Einer Meldung der „Freien Presse“ zufolge hat der Kommandeur der Ersten Armee, General der Infanterie von Eberhardt, beim Vortreten der Rheinprovinz eine Kundgebung erlassen, in der es u. a. heißt:

„Mit dem Eintreten der Ersten Armee in der Rheinprovinz ist das Gebiet von der deutsch-luxemburgischen Grenze bis zum Rhein Operationsgebiet. Sollen sich in dem vorgenannten Operationsgebiet A- und S-Mitglieder bilden haben, so haben sie sich selbstverständlich der Militärgewalt unterzogen. Das Tragen roter Abzeichen wird auf das strengste verboten.“

Hierzu meldet die „T. U.“ aus Aresfeld, daß der dortige A- und S-Rat beim Volksbeauftragten Ebert dagegen Einspruch erhoben und verlangt hat, derartige Erlasse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Was geht in Frankreich vor?

Genf, 25. Nov. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß in zahlreichen französischen Departements eine überaus starke revolutionäre Bewegung in Gang gekommen ist. Französische Fronttruppen, die zur Unterdrückung der Aufstände verwendet werden sollten, haben sich gewigert, mit den Waffen in der Sand nach Frankreich zu ziehen. Der Kern der Bewegung ist Paris.

Englisch-französisches Schiffsabkommen.

Zürich, 25. Nov. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Note über ein sehr wichtiges englisch-französisches Abkommen. Der Vertrag besagt, daß England an Frankreich eine halbe Million Schiffsstapen abgibt.

Abreise der deutschen Konsulate aus Rußland.

Berlin, 25. Nov. Die russische Regierung hat sich nun doch entschlossen, die Abreise alterer bereit seit dem 6. November abzureisenden Generalkonsulate Moskau und Petersburg aus Rußland nicht länger zu verhindern. Nach eingetragener Werbung haben beide Generalkonsulate, ungefähr 800 Personen, die Domarationslinie überschritten und befinden sich auf der Weiterreise nach Berlin.

Kampf zwischen Bolschewiken und deutschen Truppen.

Paris, 24. Novbr. (Drohlos.) Von der estnischen Regierung an die britische Regierung: Die Bolschewiken haben die Schlachtfelder zwischen dem finnischen Golf und dem Belpusee aufgestellt. Der erste Angriff wurde am 22. November durch die deutschen Truppen abge schlagen. Die estnische Militärs ist zur Unterstützung der deutschen Truppen an die Schlachtfelder kommandiert. Es ist dringend notwendig, daß eine Flotte der verbündeten Mächte sobald als irgend möglich nach Reval kommt, um dem Anarchismus und dem unermesslichen Norden Einhalt zu tun.

Polen in den Händen der Polen.

Von einem aus dem polnischen Sprachgebiet der Provinz Polen nach Berlin zurückgekehrten Leser erzählt der „B. L. A.“ über die dortigen Verhältnisse: Die ganze Provinz Polen, soweit sie von polnischer Bevölkerung bewohnt ist, ist in Händen polnischer Soldaten preussischer Staatsangehörigkeit. Die Polen haben alle Telegraphenämter, alle Kasernen besetzt. Sie sind vollkommen Herren der Lage.

Eine polnische Legion aus preussischen Staatsangehörigen.

Die polnischen Soldaten aus Preußen, deren Zahl in Warschau auf 5000 und in ganz Kongresspolen auf 10000 geschätzt wird, haben eine polnische Legion gebildet.

Die Entente für die Heimannregierung in der Ukraine.

Die deutschen Truppen sollen die Ordnung aufrechterhalten.

Kiew, 25. November. Eine amtliche Mitteilung der ukrainischen Regierung besagt, daß die Entente die Unterstützung des Hetmans und seiner Regierung beschloßen habe. In Odessa ist ein Vertreter der Entente eingetroffen. Er hat dem Hetman die baldige Ankunft von Entente-truppen in Aussicht gestellt. Die Entente hat dem

Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung über die Erhöhung der Brotmenge.

I. Grundmenge.
 Vom 1. Dezember 1918 ab wird die Tageslosgemenge an Mehl um 40 Gramm erhöht. Die Wochenbrotmenge beträgt dann 5 Pfund anstatt der bisherigen 4 Pfund. Vom 3. Dezember, dem Tage der neuen Brotmarkenausgabe ab, werden daher 5 Brotmarken zu je 1 Pfund auf den Kopf und die Woche auszugeben.

II. Zulagen.

Somit ausdrücklich Bestimmung des Kriegsernährungsamtes sind die Zulagen von 40 Gramm den Schwerk- und Schwermehrabreitern auf ihre bisherigen Zulagen anzurechnen, d. h. die ihnen bisher zuzurechnenden Mengen 5 1/2 und 7 Pfund Brot je Kopf und Woche bleiben nach wie vor unverändert. Jeder Schwermehrabreiter erhält also zu der Grundmenge von 5 Pfund noch eine Protzulage von mindestens einem halben Pfund, während jeder Schwerkarbeiter vier Protzulagen von je einem halben Pfund mindestens erhält. Die Aufbesserung der Brotverforgung besteht für die Schwerk- und Schwermehrabreiter in der Erhöhung der Brotmenge ihrer Familienangehörigen.

III. Reisbrotmarken.

Für jeden Reisetag werden zukünftig je 6 Stück oder zusammen 300 Gramm Brot auszugeben.

IV. Brotverzicht.

Schwarzbrot darf in den Einheitsgewichten von 2 1/2, 2 3/4 und 3 1/2 kg hergestellt werden. (Mänderuna des § 3 Abs. 1a der Verordnung vom 31. Juli 1918 - veröffentlicht in Nr. 181 des Merseburger Tageblattes -)

V. Strafen.

Zusammenfassend gegen die vorstehenden Vorschriften werden auf Grund von § 80 der Reichsgetreideverordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ungehörigen Gewerbetreibenden kann der Gewerbebetrieb auf längere oder kürzere Zeit untersagt werden.

VI. Inkrafttreten.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 3. Dezember 1918 in Kraft.

Merseburg, den 18. November 1918.

Der Landrat.

H. v. Wilmowski.

Bekanntmachung über Wochenfettmenge.

Die Fettmenge für die Woche vom 24. bis 30. November 1918 wird hiermit für Merseburg-Land auf alle genehmigten Viehmengen bestimmt:

30 Gramm auf alle Kalbsetzmarken auf

50 Gramm auf alle Setzmarken auf

Merseburg, den 23. Nov. 1918.

Der Landrat.

H. v. Wilmowski.

Ausgabe von Quark auf

Abschnitt 40 B. Quarkkarte

am Mittwoch, den 27. November

1918 für die Kunden der

Verkaufsstelle Näher Nachb.

Markt 9, und einen Teil der

Kunden der Verkaufsstelle

Schöne Nachb., Al. Ritter-

straße 8.

Der Rest der Kunden dieser

Verkaufsstelle wird nächste

Woche beliefert.

Wenn Vorlegung der neuen

Quarkkarte werden auf den

Kopf 60 Gramm Quark zum

Preise von 12 Pfennig aus-

gestellt. — Die Kunden der

übrigen Verkaufsstellen werden

der Reihe nach später be-

liehert. Der Zeitpunkt der

Ausgabe wird vorher bekannt-

gemacht.

Merseburg, den 25. Nov. 1918.

Das hies. Lebensmittelamt

Nr. L. A. II. 928/18.

Ausgabe von Geflügelint.

Der Stadt ist ein großer

Vorrat Geflügelint zugewie-

sen. Für jedes in das

Züchterregister eingetragene

Gänse werden zugestellt:

1 Pfd. Geflügelint

zum Preise von 0,82 Mk

1/2 Pfd. Reinsalz zum

Preise von 0,08 Mk

zusammen zum Preise

von 0,40 Mk.

Die Ausgabe erfolgt vom

27. November 1918 ab in der

hiesigen Gierkammerhülle

Kaufmann Richard Schulz,

Neue Breitenstraße 7.

Dort werden auch jederzeit

frische Eier zum gesetzlichen

Stückpreis abgegeben.

Merseburg, d. 26. Novbr. 1918.

M. 1895/18. Der Magistrat.

Zwei Herren suchen

freundl. Logis.

Gefl. Herren unter A 38

an die Expedition d. Bl.

1 Stuhlgarnitur,

echt neu, preiswert zu ver-

kaufen. Angebote mit M. S.

No. 1112 an die Exp. d. Bl.

Ein gut erhaltenes

Wappentheater

ist zu verkaufen.

Volontar 9, p. l.

Frauen-
Versammlung

Mittwoch, den 27. November 1918, abends 1/2 8 Uhr,
 im „Tivoli“-Saal.

Vortrag des Herrn Superintendenten, Professor Bithorn:
„Die gegenwärtige Lage und
unsere Zukunftsaufgaben!“

Alle Frauen und Mädchen von 20 Jahren an sind dazu herzlich eingeladen.

Deutsch-Evang. Frauenbund.

Der Vorstand: H. Hahn.

Bekanntmachung.

Sprechstunden in Abwe-
 senheit der Ärzte für
 Krankebesuche sind im
 im „Tivoli“-Saal, unter-
 weislich, am Mittwoch
 am 27. November vormittags
 10 Uhr abgehalten.
 Die Besuche sind gegen
 Gebühr, auch der nur vorüber-
 gehenden, wird gegeben.
 Merseburg, d. 16. Juni 1918.
 Der Arbeits-Ausschuß
 der Kreisärztekollegien für
 Kreisbezirk II.

Hustenentropfen,

nahe vorzüglich gegen Husten,
 Atemnot, Verschleimung, über
 30 Jahre und damit verbunden
 Bronchitis sicher wirkend.
 Auch bei Kindern verträglich.
 Bei Wiedererkrankung höher
 als bei Erstkrankung.
 Preis 1/2 Mark. — Verkauf,
 Helligkeit, Gießen.



Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 2. bis 8. Dez. 1918 werden auf den
 Kopf der Bevölkerung ausgestellt:

75 Gramm Buchweizen zum Preise von 12 Pfennig auf

Besugsfchein Nr. 82,

1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pfennig auf Besu-

gschein Nr. 83,

Für jeden Haushalt:

1 Flasche Wein zum Preise von 2,50 Mk. auf Besugsfchein

Nr. 84.

Abgabe der Besugsfcheine Nr. 82, 83 und 84 am Mittwoch,

den 27. und Donnerstag, den 28. November 1918.

In der Volks- und Mittelhandlungen und in den Ge-

werkschaften sind für Willensfälle abzugeben.

Erzählung der Notdenkmäler durch die Verkauf-

stellen bis spätestens Freitag, den 29. November 1918, mittags

12 Uhr.

Der Verkauf der zugewiesenen Ware erfolgt von Donner-

stag, den 5. Dezember bis einschließlich Sonntag, den 7. De-

zember 1918 gegen Abgabe der Zulassungsscheine.

Merseburg, den 25. November 1918.

R.-M. II. 3268/18. Das hiesige Lebensmittelamt.

Ausgabe der Milchmarken für den Monat Dezember 1918

im alten Rathaus in der Burgstraße Nr. 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammarken für

den Monat November

Donnerstag, den 28. November 1918,

vormittags von 8-1 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstelle: Schwalbe, Burgstr. 14,

nachmittags von 3-6 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Müller, Schmidt, Schubert,

Burgstraße 16, am

Freitag, den 29. November 1918,

vormittags von 8-1 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Hofmann, Döbe, Prall,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Reizner, Mandrich,

Merseburg, den 26. November 1918.

R.-M. II. 3272/18. Das hiesige Lebensmittelamt.

Erstklassige Militär-Reservebräutanden

Abstammung belgischer und deutscher Schafe etwa 600 Stück

wird am Mittwoch, den 27. November, vormittags 10 Uhr

am Delwerk in Ammendorf dem Fabrik Vorkauf meistbietend

versteigert.

Korps-Nachrichtenpark, IV. Armee-Korps in Ammendorf.

Ich habe meine Praxis

wieder aufgenommen

Augenarzt Dr. Paul,

Halle a. S., Leipzigerstr. 66.

Karl Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft

für

Bräut- und Erstlings-

Wäsche-Ausstattungen

Merseburg 1918

Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 27. November, abends 1/2 8 Uhr,

im „Tivoli“ stattfindende

öffentliche Frauen-Versammlung

machen wir unsere Mitglieder hierdurch aufmerksam auf

biten um

möglichst zahlreiches Erscheinen.

Vaterländischer Frauen-Verein, Merseburg-Stadt.

Frauenhilfe der Altenburg.

Dom-Frauenhilfe.

Frauenhilfe St. Marii.

Frauenhilfe des Neumarkts.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, d. 28. November, 10 Uhr vorm.,

findet auf dem Hofe des Landsturm-Batt. im Gefangenentlager

Versteigerung

von leichten und mittelschweren Arbeits-

perden, 2 Eiern, Leiterragen, Pferde-

und Ochsen-Geheuren usw.

gegen Vorkaufszahlung. Käufer, die mit Arbeitsanlei-

gaben, erhalten den Vorkauf. Kaufberechtigt sind nur Land-

wirte und Gewerbetreibende, die sich als solche durch beglau-

lichtete Bescheinigung ausweisen können.

Pferdehändler sind vom Verkauf ausgeschlossen.

Merseburg, den 26. November 1918.

Der Soldatenrat. Die Pferde-Kommission.

J. A. Döb. Rudolph, Mitstreiter.

HERMANN SCHLADITZ

UHREN

GOLD- und SILBERWAREN

OPTISCHE ARTIKEL

JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11.

FERNSPRECHER 472.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz, sowie

grosses Lager eichener und kieferner Pfostensärge.

Metall-Särge

Sarg-Magazin von O. Scholz Ww.

Merseburg.

Gotthardstr. 34. Telephon 458. Gotthardstr. 34.

Verlagsgeber: R. Dalg. Verantwortliche Redaktion: Politisch: J. Eschger, Döb. und prov. Teil: R. Kling. Sport und Anzeigen: P. Döb. Schriftf. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt R. Dalg., sämtlich in Merseburg.

Elsch-Lothringen.

Nach jüngst sind in Metz Aufstände erschienen, die für Elsch und Lothringen die nationale Unabhängigkeit fordern. Die Bewohner der beiden Länder, so heißt es darin, die so oft der Schwertkampf zwischen den benachbarten Nationen waren, wollten endlich frei sein und selbst über ihr wirtsch. Schicksal entscheiden. Die Stimme, die ihre Mahnung unparteiisch nach Westen und Osten richtete, hat ihnen nichts genützt. Wieder haben die beiden trotz fast zweihundertjähriger Franzosenherrschaft im Kern noch immer deutschen Lande im Begriff, ein Selbständ. Frankreich zu werden. Minderer Herzen müssen wir es mit ansehen. Wie die, kaum in den Schoß der deutschen Heimat zurückgeführten Kinder Deutschlands, wieder den Widerstand leisten wollten: das hat auch eine Mischung der Geister dargestellt, die jüngst im Streikpogon Nationalrat bei des Inhalts, daß der Nationalrat sofort Sorge tragen möge, die Überführung des Staatslebens in den französischen Staatsverband durchzuführen. Als Minister der Regie, die sie immer waren, bieten denn auch die Franzosen heute alles auf, um der Volksgemeinschaft einen möglichst feierlichen Antritt zu geben und ihr Weien klar vor aller Welt darzulegen. Feindliche Rundgebungen für Frankreich werden in geschickter Weise im Lande in Szene gesetzt, um die Welt glauben zu machen, die gesamte Bevölkerung der beiden Länder sei ebenfranzösisch gefimmt, wie diejenige, die bei den Verhandlungen laut ihre Stimme für Frankreich erheben und jubelnd die Trikolore begrüßen.

Für uns gilt es in dieser Stunde nicht, mit Frankreich zu rechten. Wer Ohren hat zu hören, der hat es deutlich vernommen können, wie oft und wie nachdrücklich maßgebende Elschler und Lothringere ihre Stimme erhoben haben für die Zugehörigkeit der Lande zu Deutschland, und wer der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben will, der wird zugeben müssen, daß kein Recht so ionenklar ist, wie Deutschlands Recht auf Elsch-Lothringen. In ihrer Laune ließ Deutschland heute vor dem Umsturz der Dinge in Elsch-Lothringen, denn noch dem zu werden, was heute schon dort vor sich geht. Ist kaum damit zu rechnen, daß auf dem Friedensweg der dem Recht auch der Elsch-Lothringere auf Selbstbestimmung Rechnung getragen werden wird. Natürlich werden unsere Unterhändler mit allen Mitteln darauf dringen, die rein deutsche Landesstelle für Deutschland zu retten und möglichst ein Volkstuum zu erreichen, aber wir fürchten, daß der nationale Elsch Frankreichs über die Widerstand-Dogmen den Sieg davon tragen wird. Selbst wenn es aber dennoch zu einer Volksabstimmung kommen sollte, so dürfte kaum zweifelhaft sein, wie viele in dem von den Franzosen besetzten Lande ausfallen würde. Streikzug und Metz sind bereits beieit, kein deutscher Soldat steht mehr auf Elsch-Lothringens Boden und am Streikzug-Ministerium flattert doch die Trikolore. Allenfalls hat sich bereits dort heimlich gemacht und es podt trotz Entwurfs XIV. beutalen Raub auf sein „gutes Recht“. Allenfalls werden die deutschen Geschäftsleute entsetzt und durch französische kriegt, die Trikolore flag hier und da schon schickten empor, und da die Franzosen die Wunden bei ihrer schwachen Seite zu lassen verstanden und ihnen in Aussicht stellen, daß Elsch-Lothringen auch in Bezug auf die Lebensmittellieferung einer Anordnung Clemenceaus zufolge wie Frankreich selbst behandelt werden sollte, soll sich bald auch die Stimmung gehoben haben. So arbeitete man vor,

um den feierlichen Einzug zu einer impoanten Rundgebung für Frankreich zu gestalten. Die deutschstämmigen Elsch-Lothringere müßten heute schweigen. Der kommende Friede bringt ihnen das französische Joch, so scheint es. Die Macht triumphiert. Das ist, wie gar nicht anders zu erwarten war, der Friede der Gerechtigkeit!

Politische Rundschau

Aufhebung von Polizeiverordnungen.

Berlin, 25. Nov. Wie M. Z. B. hört, haben die das Ministerium des Innern leitenden Volksbeauftragten die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf ihre Gerechtigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nicht einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also nicht die veralteten, sollen beibehalten werden. Diese Verordnung wird die voraussichtliche Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

Ludendorff in Schweden?

Berlin, 25. Nov. General Ludendorff hat am 9. November, an dem Tage, an dem die Revolution ausbrach, die Pension im Wollen von Berlin, in der er bis dahin wohnte, und auch Berlin verlassen und ist inzwischen über Schweden nach Schweden abgereist. (Die Meldung ist mit Vorbehalt aufzunehmen; denn ebenso wie die Rucht des Großherzogs Trirk eine Falschmeldung war, könnte auch die obige Meldung eine böswillige Erfindung sein.)

Ein prinzipieller Minister.

Berlin, 25. Nov. Zu bemerken ist, daß der Deutschen Demokratischen Partei angeschlossen haben, gehört nach dem „B. L.“ auch Prinz Friedrich Leopold von Preußen (Rater), der sich damit auf den Boden der republikanischen Staatsform stellt, obwohl von seinen demokratischen Anschauungen bisher nichts bekannt gewesen ist.

Die „Tagl. Nö.“ erlaubt sich zu diesem plötzlichen Gestirnswandel zu sagen: „Pau! Pau!“

Öffnung der höheren Schulen für Mädchen.

Berlin, 25. Nov. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volkskultur hat anordnet: An Orten, wo sich entsprechende Volkshochschulen für Mädchen befinden, sind die höheren Schulen genehmigt auch den Mädchen zu öffnen.

Aus Stadt und Umgebung

Bürgerger Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen!

Es erregt nachdrückliche Megernis, zu beobachten, in welcher Ausfordernder Weise sich zur Zeit die feindlichen Kriegsgefangenen in den Städten, in den Dörfern und in den Gebirgen bewegen. Es häufen sich die Fälle, daß Kriegsgefangene ohne militärische Begleitung einbezogen und — leider unüberwunden — ein anziehliches Benehmen der weiblichen Bevölkerung gegenüber zur Schau tragen. Die militärische Bewachung verliert diesen Verhaltens nicht völlig, sonst wäre nicht Anlage darüber zu führen, daß z. B. an der Bekleidung der Gefangenen in der Hülfsheim Straße vorübergehende Frauen von den Gefangenen angraben werden. Wenn jeder Weibchen seine Pflicht erfüllt und Autorität auszuüben wüßte, würde sich kein Gefangener solche Freigebungen erlauben. Soweit für die Abhaltung dieser Verhältnisse die militärischen Dienststellen zuständig sind, sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Abhaltung dieser Verhältnisse verhindern. Die feindlichen Ausländer indessen auch durch die weibliche Bevölkerung Vorwurf geleistet, denn häufig genug wird der Mangel durch einen Gefangenen als angenehmer Akt empfunden und quittiert und es ist beauerlich zu wissen, daß intime Verhältnisse zwischen Gefangenen

und sogenannten deutschen Frauen (die an den Franzosen gehören, nichts letzteres sind. Allerdings ist beobachtet worden, daß Gefangene mit deutschen Frauen in Arm einverleiben.)

Denken denn solche Leute nicht an die Tragweite ihres Handelns? Genügt es nicht für jeden Deutschen und für jede Deutsche, nur einmal die Weissenhüllensbedingungen durchzulassen, um zu wissen, wie man sich bei feindlichen Bevölkerung gegenüber zu verhalten hat? Stellt nicht in jedem einzelnen Deutschen jenseits der Weissenhüllensbedingungen und Stolz, daß er es sich selbst heraus erkaufen, was keine Mühe ist? Man denke doch z. B. nur an die eine Weissenhüllens-Bedingung, daß unsere Landleute weiterhin in Gefangenschaft schmachten müssen, während die feindlichen Gefangenen sofort zu entlassen sind. Und wie sich zurückfinden lassen Kameraden werden neuerdings von den raubstreichigen Franzosen gefangen genommen, oft in schreier Verletzung der Weissenhüllensbedingungen! Die Schamhaftigkeit eines bei solchen Betrachtungen ins Gesicht! Daß unter Kameraden dem Wog aus Frankreich und Belgien befristet werden verurteilt seien, der Band und Keule kennen gelernt hat.

Es sind übrigens nicht nur die Frauen, die sich Unbehagenheiten zuflüchten kommen lassen. Auch die Männer sind dem feindlichen Ausländer gegenüber nicht immer genügend auf der Hut. Unser Sorgen um unsere Ernährung und unsere Zukunft wollen wir der Ausländer nicht vortragen, wir wollen sie stets mit uns selbst ausmachen.

Wie nochmals: Wehe Würde und Ansehlichkeit dem Feinde gegenüber! Der Kriegsgelagene ist in doppelter Hinsicht unter Feind, denn er trägt die Furchen und Gedächtnis nach Hause, und alles zu Ruh und Frieden des Heimes und zu unserem Verderb vermerkt wird. Behandelt die Gefangenen menschlich; es verlangt niemand von Euch, daß Ihr die Gemeinheiten der Franzosen nachmacht, dazu sind wir uns zu gut, aber seid Eurer Würde und Eures Wohls eingedenk, laßt Euch unter keinen Umständen in Verlegenheiten einfallen. So wird jeder Gefangene, bald in den Schranken belauen, die wir Euesten ihm stellen. Für Leidenschaft und Gefühlsregungen sind die Zeiten zu erfüllt! P. B.

Demobilisierung.

Überall im Lande merkt man bereits, daß Crönung in dem Gang der Demobilisation kommt. Der Leiter des Demobilisationsamtes in Berlin, Dr. Roeth, hat in Vreden die Regierungen prälaten in die Demobilisationskommissionen entsandt. Es wird dem „B. L.“ zu bitten haben. Wie lokale Stellen werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten „Demobilisationsausstände“ geschaffen. Dieser Organisations haben die Kriegsmaterialien und die Kriegsartigkeitsämter mit ihrem Art und ihrer Erhaltung zur Seite zu stehen. Die unzureichenden Angelegenheiten sind angefordert worden, istort der im Staatsgebiet die gleiche Organisation zu schaffen. Doch alle diese Stellen in enge Führung und im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten arbeiten werden, ist selbstverständlich. Die Letzteren sind überdies von Dr. Roeth und dem Zentralausdruck des „L.“ und „Z.“ ausgesprochen, sich in wirtschaftlichen Demobilisationsangelegenheiten den Demobilisationskommissionen hinzu zu setzen. Demobilisationsausstände zu halten und nicht schuldhaft einzugreifen, da sonst Verwirrung und Unordnung die notwendige Folge sein würden.

Die Aufgaben der Demobilisationskommissionen werden darin bestehen, das Wirtschaftliche auf die Friedenswirtschaft umzustellen, einen Ausweg der Arbeitskräfte herbeizuführen und die zur Entlassung kommenden Soldaten in Heimat und Arbeit unterzubringen. Hierbei wird die Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte, die im Besitz in der Zentralausstandsstelle Sachverständigt in Fragebezug für Altkriegs in Jena vermerkt sind, von großer Bedeutung sein. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer können nicht einmütig genug darauf hingewiesen werden, die Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen. — Während die Landarbeit, der Kriegsdienst, der Arbeiter- und Soldatenräte, kann der Arbeiter- und Soldatenrat, wird in anderen Gewerben nicht genügend Arbeit vorhanden sein. Hier gilt, die Arbeit durch Verkürzung der Schicht, auch unter den 8 Stunden-Tag, zu strecken, wobei trotzdem für auskömmliche Löhne getordert werden muß. Handwert und billigen Betriebe müssen möglichst bald wieder in Betrieb gesetzt werden. Die Reichsregierung wird sich dementsprechend umstellen müssen; nähere Anweisungen werden folgen. Wo keine Arbeitsgelegenheit ist, muß sie durch Notstandsarbeiten geschaffen werden, wozu das Reich Geldunterstützung gewähren wird.

Es ergibt sich aus Vorstehendem, daß die Hauptarbeit bei den örtlichen Demobilisationsausständen geleistet werden muß, während

das dem Portier, der den Geheimpolitisch beiderzeit; gleichzeitig traf auch Doktor Windmüller mit der Vollmacht zur Verhaftung des Paares ein, und begleitet von dem Portier Hagen fuhr nach der Schändlichen Wohnung empor und sprengte dort, nach mehreren vergeblichen Aufforderungen zum Öffnen, die Tür. Zu der Auscamera standen die Türen zum Stubenzimmer und in diesem die zum Salon weit geöffnet; ein Bild hingelte, um sich zu vergewissern, daß niemand in diesem Zimmer war. Windmüller wandte sich also und sah mit ihm und sah mit einem Blick, daß der Gelächter der trüblichen Gerechtigkeit freimüßig entronnen waren: der Doktor und seine Frau lagen auf ihren Betten mit weit offenen verlassenen Augen — Harz und tot. Sie mochten schon mit Einbruch der vergangenen Nacht aus dem Leben geschieden sein.

Aber die Todesurteile hätten alle Ärzte der Welt sich den Kopf zerbrechen und dennoch nur das letzte Zusammenstoßen eines doppelten Herzschlages bezeichnen können; im Sandgeleise des Doktors oder Stedie eine gewöhnliche Stiehdampf mit Glaslopf, und eine kleine Glasleuchte lag auf dem Boden neben dem Bett.

Nach allem, was wir von der, liebe Dorotea, wissen, was da Doktor selbst dir über die Eigenschaften dieser Nadel gelagt, war die Lösung des Rätsels keine unmögliche mehr. Windmüller hat die Nadel an sich genommen und sorgfältig untersucht. Und die Nadel, diese trauigen Embes? Nun, das Spiel, welches immer es and gewesen sein mag, war verloren — verloren, wie es scheint, durch eine Nadel, und die beiden haben den freischaffenen Tod dem rächen dem Herr der trüblichen Gerechtigkeit vorgezogen. Unter dem Bann des Todes fand sich kein Aufschluß, denn die Lösung des Rätsels; nur belanglose archaische Notizen und viel Nüchse von vertriebenen Papieren im Komit. Und so wird, falls Elsa Ling nicht wieder aufsteht, wohl niemals ans Licht kommen, zu welchem Zweck sie sich benützte und in ihrer Wohnung haben löten wollen, denn von dort einen Körper heimlich heranzuschaffen, wäre ja eine gänzlich Unmöglichkeit gewesen, falls sie den geheimen Gang nicht gekannt haben. Selbst angenommen, sie hätten nur eine Kammer aufgeschloß, um sich wirtungswoll aus dem Hause zu trennen —

„Ich danke“, fiel ich Rando mit einem Schauer in die Rede. „Für eine Kammer war die Sache denn doch zu realistisch, und wenn du die Augen von der Frau geziehen hättest, wie sie ihrem Gatten „Gib mir die Nadel!“ zuriel, dann würdest du mir zugeben, daß alles billiger Erwerb war. Und dieser Frau hätte ich Tags zuvor eh mit eigener Gewalt das Leben geteilt!“ (Fortsetzung folgt)

(Fortsetzung folgt)

Die Fliege im Bernstein.

Roman von E. v. Andersens-Bastelstein.

45) (Nachdruck verboten.)

Rando werde ich in der Familie genannt, berichtigte er lachend und — flüchte mich wieder. „Gefühllos“, fuhr er nach fort, „es hat seinen Wert, und mit Reden hat die schöne Stunde zu verlieren.“ Ich lachte, ließ ihm die hoch domte blonden Haare auf der Leuchte Maubianca zum Lunge geführt, und zu — da halt, wie meine gute Mutter mir sagte, in deiner Piebepantoffeln beständig noch einem gewissen Don Fernando gerufen und im selben Atem verstanden, daß du in betrauten würdest, weil du beglückt Don Fernando einflagen müßtest. Ich weiß zwar nicht warum, aber darauf kommt es wohl jetzt nicht mehr an — nicht auch, Dorotea mich!“

„Sehr schön es darauf an!“ raffte ich mich zu einem möglichst energischen Protest auf. „Ich bin nämlich ein armes Mädchen — oh, ich brauche nicht zu hungern oder mir mein Brot zu verdienen, aber eine Partie für den Herzog von Boggio Aureto bin ich nicht.“ Darüber hat der Herzog von Boggio Aureto ganz allein zu entscheiden, belehrte Rando mich lachend. „Er hat nämlich genug für zwei.“

„Aber —“ wandte ich ein, wurde jedoch rüchloslos unterbrochen. „Ich weiß schon, was du fragen willst: warum vertrieben du Wohnungen in deinem Hause in Rom? Castilia, die Zaidade habe ich noch vor drei Wochen für eine lächerliche Idee meines Verwandten gehalten, der durchaus aus den unbegreiflichen Kräften Kapital schlagen will. Jetzt habe ich diesen vornehmen Gedanken des braven Mannes für eine Fügung der Schicksale. Denn du bist in diese Wohnung gekommen, sie hat mich in den Weg und an mein Herz geführt. Außerdem hat die Ammonatrice dich beigebracht, weil sie sich schon zur Familie rechnete. Du wirst hoffentlich nicht zu unhöflich sein, die freundliche Wauerin eines Pretums überführen zu wollen!“

Ich habe nun freilich die Erfahrung gemacht und nahezu mit dem Leben bezahlen müssen, daß Höflichkeit nicht immer eine unbedingte Pflicht zu sein braucht; gegen die Ammonatrice oder wollte ich sie denn doch nicht erlösen, dann verdaute ich ihr gar zu viel. Ich gelangte des Rando etwas Heilfaut ein und ergab mich mit einem unmerklichen, alles verklärenden Glüdesglanz im Herzen in mein Schicksal.

Ein später, als ich wieder viel, viel trüßiger war, überwand ich mich zu der Frage, was aus Schicksals geworden sei. Rando und

seine Mutter behaupteten zwar, dieses Thema habe noch Zeit, ich würde diese Menschen nie wiedersehen und täte am besten, die Erinnerung an diese Episode meines Lebens energilich zu vergessen. Aber so gern ich auf diesen guten Rat zu besorgen hoffte, so wenig wollte ich dabei doch auf die Lösung des Rätsels meines Daseins als „Fliege im Bernstein“ verzichten.

„Ich fürchte, diese ganze Angelegenheit wird für immer ein ungelöstes Rätsel bleiben“, erwiderte Rando. „Es war nämlich bisher unmöglich, eine Spur von deiner Doppelgängerin Wärlin zu finden, nachdem Duas Windmüller den Rat im Interesse der größten Gerechtigkeit übernommen hat, wie noch vor Jahresfrist ihrer Selbstvergiftung durch jene entgegensteht. Dein Wunsch, den Ausgang der Schicksals zu erfahren, ist übrigens ganz begründet; ich sehe auch jetzt keinen Grund mehr ein, dir den Schlüssel im Palazzo Rocconato vorzunehmen. — Windmüller hat also, nachdem er in Aliterra angekommen war, an die Polizeibehörde in Rom telephoniert, worauf eine Bewandlung unseres Hauses und des Schicksalschen Ehepaars, sofort angeordnet wurde. Es waren freilich schon fast drei Stunden nach deiner Nacht vergangen — Zeit genug also, um das Haus, die Stadt zu verlassen. Indes schienen die Schicksals meine Gebraud davon gemacht zu haben, denn der Portier, der dich übrigens nicht fortgehen lieh, erzählte dem Geheimpolitischen, der sich ihm als solcher zu erkennen gab, daß seine Frau wie gewöhnlich das Essen hinaufgeschickt habe, und daß dem Zimmermädchen gesagt worden sei, die Herrschaften würden das Abendessen nicht im Saale nehmen. Die Signorina sei ausgegangen. Das Schicksals das Haus verlassen nicht verlassen hatten, schließlich auch die phenomena, denn ohne daß sie auffächte, kam niemand hinein; das vordere Portal sei gleich nach Beendigung der Arbeit des Portiers wieder mit einem der Gestir der Halle verschlossen worden, die vorgehobenen Kiegel am Portal bestanden zum Überflus, daß niemand auf diesem Wege hineingekommen war. Der Geheimpolitisch wollte trotzdem Gewißheit haben und schickte den Portier mit irgend einer Frage hinauf; ich glaube, er sollte fragen, ob der Herr Doktor etwas für den Schaffer mitzunehmen habe, dessen er Tags zuvor erwähnt. Der Mann kam mit der Nachricht wieder, daß der Doktor ihm selbst geöffnet und sich mit gewohnter Höflichkeit für die Mühe bedankt habe. Die Nadel waren also noch im Saal, und das Haus wurde weiter bewacht. Aber weder das Schicksal noch seine Frau gingen aus, bestellten auch das abendliche Abendessen nicht wieder, und auch in der Nacht wurde kein Besuch zur Frucht gemacht.“

Als aber das Zimmermädchen am folgenden Morgen mit dem Frühstück hinaufging, fand die Tür des Zimmers verschlossen und erhielt auf wiederholtes Klopfen keinen Einlaß. Sie meldete

